

Aus der Niederschrift über die 05. Sitzung des Ausschusses für Finanz-, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten vom 30. September 2010

## Tagesordnung

### A) nichtöffentlicher Teil

1. Haushaltsberatung 2011
2. Mitteilungen und Anfragen

### B) öffentlicher Teil

3. EVS Gebührensystem
4. Mitteilungen und Anfragen

## Verlauf der Sitzung

### A) Öffentliche Sitzung

#### TOP 3: EVS Gebührensystem

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Gemeinderat über die gesetzliche Möglichkeit des KSVG den Bürgermeister beauftragen könne, in der Verbandsversammlung gemäß den Weisungen des Gemeinderates abzustimmen.

Dies sei in der Vergangenheit beispielsweise der Fall gewesen, als man ihn beauftragt habe, bei der Systemumstellung der Müllabfuhr sich für das Ident-System auszusprechen.

Sodann weist er auf den Eilantrag der SPD-Fraktion zur Finanzausschusssitzung hin, in dem die SPD folgendes beantragt habe:

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*Bezug nehmend auf die heutige Berichterstattung in der Saarbrücker Zeitung über die einstimmige Entscheidung des Illinger Gemeinderates gegen die geplante Neuordnung der Abfallgebühren durch den EVS am kommenden Freitag, beantragt die SPD-Gemeinderatsfraktion Ensdorf für die morgige Finanzausschusssitzung die Verabschiedung der folgenden Entschließung:*

*Der Finanzausschuss der Gemeinde Ensdorf lehnt die geplante Neuordnung der Abfallgebühren durch den EVS ab und beantragt Bürgermeister Hartz, sich in der Versammlung gegen jede Regelung auszusprechen, die eine Verteuerung der Müllgebühren für die Ensdorfer Bürger mit sich bringen würde.*

*Begründung:*

*Das neue Ident-System wurde bei seiner Einführung damit beworben, dass für den Bürger deutliche Gebührenerkündungen durch Verzicht auf Leerungen möglich sein würden. Für diejenigen, die alles beim Alten belieben sollten keine Mehrbelastungen hinzukommen.*

*Erste Meldungen im Saarländischen Rundfunk vor ca. 2 Wochen berichteten allerdings von Gebührenerhöhungen von bis zu 15 % bei Annahme der vom EVS geplanten Neuregelung. Insbesondere für Haushalte mit 14-tägiger Leerung bringt diese bei gleicher Zahl von Leerungen eine deutliche Verteuerung mit sich. Einspareffekte würden erst bei Verzicht auf etwa sechs Leerungen im Jahr eintreten. Für Haushalte mit drei und mehr Personen – in der Regel sind dies solche mit Kindern – stellt die 14-tägige Leerung einer 120l-Tonne bereits oft eine Herausforderung dar. An ein Überspringen des Leerungstermins ist höchstens in Urlaubszeiten zu denken. Gerade diesen Haushalten dann noch eine tatsächliche Gebührenerhöhung aufzubürden, ist im höchsten Maße sozial unausgewogen. Der Illinger Bürgermeister König (CDU) will sich deshalb in der Verbandsversammlung gegen die von ihm als „Malus-System“ bezeichnete Neuordnung aussprechen und ein sogenanntes „Bonus-System“ vorschlagen, das Entlastungen für die weitere Vermeidung von Müll vorsieht. Diese Haltung ist zu unterstützen.*

*Der Antrag wird deshalb so kurzfristig gestellt, weil durch die Verwaltung – offensichtlich anders als z.B. in Illingen – eine frühzeitige Information des Gemeinderates offensichtlich nicht für erforderlich gehalten wurde. Eine diesbezügliche Anfrage der SPD-Fraktion im Bauausschuss letzter Woche wurde so beantwortet, als ob die Neuregelung nur Einsparmöglichkeiten mit sich bringen würde. Erst durch die aktuelle Berichterstattung in der Presse ließen sich nähere Informationen beschaffen.*

Im Hinblick auf diesen Antrag weise er darauf hin, dass die Begründung in zwei Punkten unzutreffend sei: So sei bei der Einführung des neuen Identensystems nie damit beworben worden, dass für den Bürger deutliche Gebührensenkungen durch Verzicht auf Leerungen möglich sein würde und gleichzeitig für diejenigen, die alles beim alten beließen keine Mehrbelastungen hinzu kämen. Dies sei bereits von der Sache nicht möglich, da der EVS, das müssten eigentlich sämtliche Gemeinderatsmitglieder wissen, sich hauptsächlich über Gebühren finanziere. Genauso sei in Informationsveranstaltungen und in Gemeinderatssitzungen durch Vertreter des EVS darauf hingewiesen worden, dass bei einer Systemumstellung nicht kurzfristig Einsparmöglichkeiten erzielt werden können. Um aber das gleiche Gebührenaufkommen zu erreichen, müsse jedem klar sein, dass bei einer geringeren Gebühr für diejenigen, die weniger Abfall über die graue Tonne entsorgen lassen, die Gebühr für diejenigen, die weiterhin die gleiche Müllmenge über die graue Tonne entsorgen, nicht gleichbleiben kann.

Zum anderen sei es völlig unzutreffend, dass in der Bauausschusssitzung letzter Woche die Anfrage so beantwortet worden sei, als ob die Neuregelung nur Einsparmöglichkeiten mit sich bringen würde. Insofern verweise er auch auf die Niederschrift zu dieser Sitzung, die allen Gemeinderatsmitgliedern zugegangen sei. Er habe auf die Anfrage hin sehr wohl deutlich gemacht, dass durch Einführung des neuen Gebührensystems derjenige belohnt werden solle, der alle Einsparmöglichkeiten ausnutzen und zukünftig über die Anzahl der Leerungen weniger Restmüll entsorgen. Dies sei sicherlich bei einem Ein- oder Zweipersonenhaushalt leichter möglich, als bei einem Fünfpersonenhaushalt. Da aber zukünftig die Müllgebühr verursachergerechter gestaltet werde, sei es folgerichtig, dass diejenigen weniger zahlen, die tatsächlich weniger Müll über die Restmülltonne entsorgen.

**Herr Stinnen, SPD,** weist drauf hin, dass der Illinger Gemeinderat einstimmig entschieden habe, sich gegen das neue EVS-Gebührensensystem auszusprechen. Er bleibe dabei, dass seinerzeit das neue Gebührensystem damit umworben worden sei, dass es zu keiner Mehrbelastung komme. Er sehe es auch als notwendig an, dass der Gemeinderat beziehungsweise seine Ausschüsse sich mit einer solch wichtigen Frage zu befassen habe und darüber entscheiden solle. Dass gerade bei größeren Haushalten eine weitere Reduzierung der Restmüllmenge über die graue Tonne nicht möglich sei, könne festgestellt werden. Dass diese größeren Haushalte dann stärker belastet würden, finde seine Fraktion nicht in Ordnung.

**Herr Fleisch, CDU,** weist darauf hin, dass der Gemeinderat umfassend über das neue Gebührensystem informiert worden sei. Sowohl im Gemeinderat seien Vertreter des EVS gewesen, des Weiteren habe der EVS Informationsveranstaltungen für Ratsmitglieder angeboten. Es obliege dann allen Ratsmitgliedern entsprechende Informationsmöglichkeiten auch wahrzunehmen. Im

Hinblick auf die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes des Bundes so wie des Abfallwirtschaftsplans des Landes seien die Kommunen verpflichtet, diesen Vorgaben gerecht zu werden. Ziel sei insgesamt eine drastische Reduzierung der Abfallmenge in den grauen Tonnen. Man müsse einfach sein Kenntnis nehmen und dementsprechend reagieren, dass das Saarland bundesweit das höchste Pro-Kopf-Aufkommen beim Hausmüll vorweise. Insgesamt müsse daher darauf hingearbeitet werden, dass widerwertbare Abfälle nicht der grauen Tonne zugeführt würden. Ein Weg hierfür sei sicherlich das neue Gebührensystem, das verursachergerechter sei. Man müsse sich auch darüber im Klaren sein, über welche Mehrkosten oder Kosten überhaupt heute Abend gesprochen würde. Insofern frage er Herrn Stinnen, SPD, ob er überhaupt wisse, wie hoch die monatliche Gebühr sei, die er zurzeit zahle. Er könne gerne weiterhelfen, bei einer 14-tägigen Leerung der 120l-Tonne seien dies 14,92 €, bei der behaupteten Erhöhung von Herrn Stinnen um 15 Prozent seien dies dann monatlich 2,23 € mehr. Die genaue Gebührenabrechnung für das Jahr 2011 erfolge aber erst Anfang 2012, sodass jeder Bürger die Möglichkeit habe, tatsächlich weniger Müll als bisher über die graue Tonne zu entsorgen. Diesbezüglich seien ja auch Informationen durch den EVS angekündigt.

Des Weiteren weise er darauf hin, dass der EVS ein Zweckverband der 52 saarländischen Kommunen sei. Die Kommunen profitierten sicherlich insgesamt, vor allem die kleineren Kommunen, von diesem Zweckverband.

Die CDU-Fraktion sehe das neue Gebührensystem, über das sie sich genügend informiert sehe, als richtigen Weg an, den gesetzlichen Erfordernissen gerecht zu werden.

**Herr Amann, FWG**, führt für seine Fraktion aus, dass von Anfang an klar gewesen sei, dass es zu einer Gebührenerhöhung für diejenigen komme, die weiterhin Abfall über die graue Tonne entsorgen, der auch auf anderem Weg, über Biotonne und Nutzung des Wertstoffhofes, entsorgt werden könne. Bereits im letzten Jahr sei hierüber diskutiert worden, lediglich die Höhe der Gebühr sei noch nicht festgesetzt gewesen. Man müsse festhalten, dass der EVS weniger Leistung beim Einsammeln erbringen wolle, dafür werde aber vom Bürger mehr Leistungen verlangt, durch Nutzung des Wertstoffhofes. Der Umbau sei noch nicht erfolgt, er frage deswegen, ob es nicht sinnvoll sei, das System solange zurückzustellen, bis die Umbauarbeiten am Wertstoffhof beendet seien.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, die Gemeinden Ensdorf, Bous und Schwalbach seien in der glücklichen Lage, bereits einen funktionierenden Wertstoffhof vorhalten zu können. Dieser solle nun in 2011 verbessert werden durch eine weitere Einfahrt und eine Vergrößerung der Fläche. Funktionsfähig sei er aber bereits heute.

Im Hinblick auf die Gebührenhöhe weist er darauf hin, dass entgegen vielfältiger Behauptungen die Gebühren des EVS insgesamt nicht erhöht würden, der Systemwechsel zum Identsystem führe aber dazu, dass die Gebühren der Nutzer zukünftig unterschiedlich hoch sein würden, je nachdem wie viel Leerungen der Restmülltonne in Anspruch genommen würden.

**Herr Stinnen, SPD**, führt aus, heute Abend solle nicht der Eindruck erweckt werden, dass seine Fraktion am geplanten Identsystem „rütteln“ wolle. Sie sehe es aber so, dass in Illingen ein gerechteres System entwickelt würde. Konkrete Zahlen lägen seiner Fraktion nicht vor. Klar sei aber, dass die vorgesehene Regelung wohl zu einer Erhöhung führe.

**Der Vorsitzende** weist drauf hin, dass in der Vergangenheit der Gemeinderat sich dafür ausgesprochen habe, dass die Verwaltung über wichtige Dinge informiere, die Ratsmitglieder aber jederzeit, wenn Informationsbedarf bestünde, dies der Verwaltung mitteilen könnten. Auch sei es bisher einmütige Meinung gewesen, dass der Bürgermeister in der Verbandsversammlung entscheiden solle, wenn ihm keine Weisung seitens des Rates erteilt worden sei.

Sofern weitere Fragen oder genaue Zahlen zur geplanten Gebührenumstellung heute Abend genannt werden sollten, könne er dies gerne tun, eine entsprechende Präsentation habe er vorbereitet.

**Herr Stinnen, SPD**, führt aus, er wolle heute Abend gegenüber dem ursprünglichen Antrag über folgenden abstimmen lassen:

Der Finanzausschuss der Gemeinde Ensdorf lehnt die geplante Neuordnung der Abfallgebühren durch den EVS ab und beauftragt Bürgermeister Hartz sich in der Versammlung des EVS gegen die derzeit vom EVS geplante Neuordnung der Gebühren auszusprechen, die eine Verteuerung der Müllgebühren für viele Ensdorfer Bürger mit sich bringen würde.

**Abstimmungsergebnis:**     **2 Ja**     **(SPD)**  
                                  **7 Nein**    **(CDU, LINKE, FWG, GRÜNE)**

Ein weiterer Antrag, den Bürgermeister über das Abstimmungsverhalten in der Verbandsversammlung anzuweisen, erfolgt nicht.

#### **TOP 4:   Mitteilungen und Anfragen**

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.